

Übersicht
über
Anträge
von Ausschüssen des Deutschen Bundestages über
Petitionen

nach dem Stande vom 26. Januar 1950

Anträge der Ausschüsse:

A. Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität (3. Ausschuß)

Über die Petition Nr. 190 der Vereinigung für fortschrittliche Sozialpolitik in Darmstadt um gesetzliche Sicherung der Parlamentsbeschlüsse über Anträge und Eingaben dadurch, daß innerhalb des Parlaments eine Verwaltungsstelle geschaffen wird, die sich mit den Anträgen der Parteien und Eingaben von Privatpersonen nach ihrer Weiterleitung befaßt und über deren Erledigung in gewissen Zeitabständen dem Parlament Bericht zu erstatten hat, zur Tagesordnung überzugehen.

B. Haushaltsausschuß (10. Ausschuß)

Über die Petitionen.

1. Nr. 75 von Ingenieur Johann Rougk in Lavelshoh um Verringerung des für den Deutschen Bundestag geleisteten Aufwands und Verwendung der dadurch eingesparten Mittel für den Wohnungsbau, für die Verbesserung der Lage der Flüchtlinge, für die Arbeitsbeschaffung, für den Ausbau von Schulen usw.,
2. Nr. 366 des Universitätsprofessors Dr. Wolfgang Hartke in Frankfurt a. M. um Beschränkung der Ausgaben für die Abgeordneten an Dienstreiseentschädigungen, Tagegeldern usw.

zur Tagesordnung überzugehen.

C. Ausschuß für den Lastenausgleich (17. Ausschuß)

- I. die Petition Nr. 569 des Landtagsabgeordneten Josef Ersing in Stuttgart um Befreiung vom Gesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 2. September 1946 durch Streichung der für den Wiederaufbau seines total fliegergeschädigten Hauses erhaltenen beiden Hypotheken von 1500 und 5000 RM im Grundbuch in Stuttgart

dem Bundesfinanzministerium zur Berücksichtigung zu überweisen;

II. die Petition Nr. 134 der Interessengemeinschaft der Flüchtlingsbetriebe für Marktredwitz und Umgebung um Abstandnahme von der Heranziehung der Flüchtlingsbetriebe zur Soforthilfeabgabe

dem Bundesfinanzministerium zur Prüfung und Stellungnahme zur Frage einer nachträglichen Berücksichtigung der Gelderkonten der Flüchtlinge in Höhe von 6,5⁰/₁₀ zu überweisen;

III. die Petitionen:

1. Nr. 17 des Deutschen Ostlandbundes, Kreisverein Göttingen Stadt und Land, um Schaffung eines gerechten Lastenausgleichs entsprechend seiner Vorschläge,
2. Nr. 44 der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen des Amtes Ochtrup i. W. betr. Protest der am 28. Juli 1949 versammelt gewesenen Ostvertriebenen des Amtes Ochtrup gegen die dauernde Verschleppung der Gesetzgebung zum Lastenausgleich,
3. Nr. 47 des Sekretärs a. D. und Steuerhelfers Albert Daffner in Burghausen (Obb.) um Erlaß des endgültigen Lastenausgleiches und dringende Regelung der Entschädigungsansprüche,
4. Nr. 88 der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen des Amtes Ochtrup i. W. um einen der sozialen Gemeinschaft eines Volkes entsprechenden Lastenausgleich,
5. Nr. 221 der Arbeitsgemeinschaft des Fremden-gewerbes der Nordsee-Inseln Ostfrieslands, Nordseebad Norderney um gesetzliche Maßnahmen zur Herabsetzung des Prozentsatzes des Einheitswertes beim Lastenausgleich für die Grundbesitzer der Nordseeinseln,
6. Nr. 262 von Margot Zimmermann-Marth in Mittenwald um Gleichstellung beim Vollzug des Soforthilfegesetzes mit den innerhalb des deutschen Bundesgebietes wohnenden Kriegssachgeschädigten, Gewährung der Hausrathilfe und Wiederaufbau ihrer Existenz,
7. Nr. 278 von Hermann Rother, Ostvertriebener in Oberschledorn bei Medebach um besondere Berücksichtigung der Lage der Ostvertriebenen bei der Durchführung des Soforthilfegesetzes,
8. Nr. 292 der Gemeinschaft der Ostvertriebenen, Kreis-geschäftsstelle Hannover-Land, Sitz Hannover-Linden, betr. Entschließung der zum Kreistreffen der Ostvertriebenen des Landkreises Hannover in Gehrden am 3. September 1949 in einer Kundgebung dieser Gemeinschaft zusammengekomenen weit über 5000 Vertriebenen betr. Forderung der schnellstmöglichen Durchführung eines gerechten Lastenausgleichs,
9. Nr. 364 von Max Felber in Augsburg um einheitliche Heranziehung auf Grund des Soforthilfegesetzes und Fall-lassen des Lastenausgleichsgesetzes,
10. Nr. 373 von Josef Kremer, Wuppertal-Vohwinkel um Beseitigung von Härten im Soforthilfegesetz,
11. Nr. 379 von Helmut Müller in Köln-Brück um Änderung des Gesetzes zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 2. September 1948 hinsichtlich der Abwertung der Hypotheken,

12. Nr. 489 der Interessengemeinschaft der Flüchtlinge, Kreis Gandersheim um Verwendung des von Heinrich Heuer herausgegebenen Fragebogens für Schadensanmeldung landwirtschaftlicher Betriebe (Ostvertriebener und Ostflüchtlinge) und des Taxbuches zur Durchführung landwirtschaftlicher Abschätzungen bei Hof- und Gutsübergaben (Pachtungen) und für sonstige Betriebsbewertungen als Grundlagen für einen künftigen Lastenausgleich für Ostlandwirte im gesamten Bundesgebiet,
13. Nr. 631 des Polizeiobersekretärs i. R. Teichert in Welsede über Hameln um Heranziehung der Familien, die keine Flüchtlinge sind, der ehemaligen Nazis, die Beiträge für die Partei geleistet haben und der durch das Naziregime entschuldeten Bauern zur Aufbringung der Mittel für die Soforthilfe,
14. Nr. 681 von Eugen Rapp in Oedernhardt über Backnang um Prüfung seiner Vorschläge zum Lastenausgleich,
15. Nr. 705 von Willi Stahl in Hofolpe, Post Kirchhundem um Anerkennung des Rechts auf Wiedergutmachung seines Schadens in Höhe von ungefähr 13 000 Mk.,
16. Nr. 798 von Wolfgang Schebeck in Hameln/Weser um Klärung der Frage der Krankenversicherung und der Zuschüsse für die Beschaffung von Winterkartoffeln und Heizmaterial beim Vollzug des Soforthilfegesetzes noch vor dem Winter,
17. Nr. 858 von Otto Stremann in Willenscharen über Kellinghusen um Gewährung der Soforthilfe auch für die aus der Mark Brandenburg, Berlin, Sachsen und Vorpommern stammenden Flüchtlinge,
18. Nr. 865 von Johann Nögel in Neuburg a. Donau um Befreiung von der Sonderhilfsabgabe,
19. Nr. 914 des Fachverbandes der Fischindustrie, Sitz Hamburg, um Aufnahme der Fischwaren in die Anlage 2 zu § 38 der Durchführungsverordnung zum ersten Teil des Soforthilfegesetzes,
20. Nr. 979 von Boy Greve in Kiel um Festsetzung eines höheren Prozentsatzes bei der Besteuerung und bei sonstigen öffentlichen Abgaben für diejenigen Abgabepflichtigen, die vor Kriegsschäden verschont blieben,
21. Nr. 1038 der Vizepräsidentensgattin Maria Stöblein in München um Verbesserung der Lage der Totalfliegergeschädigten und vollständige Steuerfreiheit für Totalfliegergeschädigte in vorgerückten Jahren,
22. Nr. 1039 von Elfriede Steffens, Pinneberg/Holstein um einheitliche Besteuerung der Vermögenswerte,
23. Nr. 1194 von Julius Nasch in Rheine i. W. um Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz zur Schaffung von Milderungsmöglichkeiten für Umstellungsgrundschulden, wonach in besonderen Härtefällen ein voller oder teilweiser Erlaß bzw. Verzicht des Staates auf die Umstellungsgrundschuld eintreten kann,
24. Nr. 1333 von Heinrich Hessling in Hamm i. W. um Verteilung der Abgabepflichtigen für den Lastenausgleich auf alle Steuerpflichtigen,

25. Nr. 1408 der Gemeinschaft der Evakuierten und Fliegergeschädigten in Iserlohn i. W. um Gleichbehandlung der Evakuierten und Fliegergeschädigten beim Vollzuge des Lastenausgleichsgesetzes wie sie den Ostvertriebenen und Flüchtlingen zuteil wird,
26. Nr. 1414 von Ilse Gensel in Göttingen um Vollzug des Lastenausgleichsgesetzes nach rein individuellen Gesichtspunkten

dem Bundesfinanzministerium zur Prüfung im Rahmen der weiteren Arbeiten zu überweisen.

D. Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (19. Ausschuß)

I. die Petitionen:

1. Nr. 307 der im Gesamtbeirat Fischwirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vertretenen Organisationen einschließlich der Gewerkschaften und Verbraucher in Bremerhaven um Bezeichnung des künftigen Bundesernährungsministeriums als Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Fischwirtschaft und Forsten,
2. Nr. 942 von Frau Hermine Humbach in Münden i. W. um Bekämpfung des Schwarzhandels mit Butter,
3. Nr. 1182 von Robert Friedel, Fabrik in Nahrungsmitteln und Zuckerwaren G.m.b.H. in Stuttgart um völlige Freistellung des Zuckers für die Süßwarenindustrie oder Erhöhung des Kontingents um das Drei- bis Vierfache und Beschränkung der Einfuhr von ausländischen Süßwaren

der Bundesregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

- ##### II. die Petition Nr. 791 von Rudolf Kleeberg, stud. oec. in Erlangen um Förderung der Wiederaufforstung durch Einführung eines bestimmten Tages im Jahr als „Blumenpflanzungstag“, an dem jeder einzelne aufzufordern wäre, sich durch freiwillige Arbeit oder durch eine Spende an der Pflanzung von Bäumen zu beteiligen

der Bundesregierung zur Erwägung zu überweisen;

III. die Petitionen:

1. Nr. 374 des Verbandes der Deutschen Süßwarenindustrie in Frankfurt a. M., um Befreiung der Süßwarenindustrie von der Umlage zur Deckung der Verwaltungskosten für die Bewirtschaftung von Zucker,
2. Nr. 919 von Erich Bretschneider in Watenstedt, Kreis Helmstedt, um Anerkennung der Ostkontingente und Eingliederung der vertriebenen Ostmühlen in die Wirtschaft,
3. Nr. 1097 von Konrad Lang in Schifferstadt, betr. Entschließung der Bürgerversammlung am 21. Oktober 1949 mit den Forderungen: a) Festsetzung eines annehmbaren Erzeugerhöchstpreises für Kartoffeln, b) Herabsetzung der Bahntarife für den Transport der Kartoffeln, c) Befreiung des Verkaufs von Kartoffeln von der Umsatzsteuer, d) Begrenzung der Gewinnspanne der Kartoffelhändler auf ein vertretbares Maß

der Bundesregierung als Material zu überweisen.

E. Ausschuß für Arbeit (20. Ausschuß)

I. die Petitionen:

1. Nr. 272 von Alfred Heindl in Geiselhöring (Niederbayern) um Verleihung des Meistertitels und somit der Lehrlingsanleitungsbefugnis an die Handwerkerkammer für die Handwerker, die vor dem 1. Januar 1932 in die Handwerksrolle eingetragen waren, aber die Meisterprüfung nicht abgelegt hatten,
2. Nr. 1228 von Erich Gafert in Wunstorf um Einführung der zweijährigen Arbeitspflicht für die männliche Jugend von 18 bis 20 Jahren und einer einjährigen Dienstpflicht für die weibliche Jugend nach Abschluß der Schul- und Lehrzeit statt eines Bundesheeres

dem Bundesarbeitsministerium als Material zu überweisen;

II. die Petitionen:

1. Nr. 106 von Peter Breuer in Amern um Wiederanstellung als Friedhofsgärtner und Totengräber,
2. Nr. 886 von Heinrich Maibaum in Lutter a. Bbge. um gesetzliche Regelung des Anspruchs früherer Nationalsozialisten auf Rückkehr zu ihrem alten Arbeitsplatz,
3. Nr. 1049 von Franz Josef Nitter in Neißة O/S, um Vermittlung von Arbeitsaufträgen

zur Beratung im Bundestag für nicht geeignet zu erklären.

F. Ausschuß für Sozialpolitik (21. Ausschuß)

I. die Petitionen:

1. Nr. 427 der Georgsmarienhütte AG. um Änderung der Verordnung zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten hinsichtlich der Umwandlung der den von der Staublungenkrankheit (Silikose) befallenen ff.-Maurer zustehenden Übergangsrente für 6 Monate in eine Dauerrente,
2. Nr. 743 von Ernst Krause in Westendorf um Aufhebung der Verordnung der Militärregierung Nr. 117 über die Arbeitslosenfürsorge,
3. Nr. 1184 von Frau Klara Quedenfeld in Hamburg um höhere Aufwertung der Leistungen aus privaten Rentenversicherungen oder Kürzung der Renten der Angestellten und Pensionen der Beamten um 50⁰/₀ zur Erhöhung der Sozialrenten

der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen;

II. die Petitionen:

1. Nr. 26 von Karl Mörike in Tübingen um Vorschläge zur völligen Neugestaltung unserer bisherigen deutschen Sozialversicherungsgesetzgebung,
2. Nr. 105 von Wilhelm Malter in Düsseldorf um Abnahme von der Kürzung der Sozialrenten bei erwerbsunfähigen Versorgungsberechtigten,

3. Nr. 245 von Otto Rau in München um
 - a) Verpflichtung aller Firmen mit über 100 Gefolgschaftsmitgliedern zur Einstellung eines gewissen Prozentsatzes älterer arbeitsloser Angestellter;
 - b) Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für den Wohnungsbau;
 - c) Verpflichtung sämtlicher staatlichen und städtischen Dienststellen zur Aufnahme älterer arbeitsloser Angestellter bei Neueinstellungen,
4. Nr. 265 von Heinrich Schau in Hamburg-Lockstedt II um Beseitigung des den Schwerkriegsbeschädigten Pensionären bis jetzt zugefügten Unrechts bei der Beratung des neuen Versorgungsgesetzes,
5. Nr. 310 von Werner Boll in Flensburg um Prüfung seiner Vorschläge zum Wiederaufbau und zur Beschäftigung der Arbeitslosen,
6. Nr. 406 von Ludwig Frei in Heidelberg-Rohrbach um Ermöglichung, daß bei privaten Versicherungen die Versicherten bei Nachuntersuchungen den Vertrauensarzt selbst wählen können,
7. Nr. 557 von Friedrich Woltin in Senden i.W. um sofortiges Wiederinkrafttretenlassen des § 18 des Angestellten-Versicherungsgesetzes,
8. Nr. 1231 von Karl Woetsch in Ennigloh um Festsetzung der Erwerbsminderung eines Versorgungsberechtigten nach den heutigen Erwerbsmöglichkeiten und nicht nach dem früher ausgeübten Beruf

der Bundesregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

III. die Petitionen:

1. Nr. 24 von Wilhelm Leo in Bonn um Erlaß eines Gesetzes über die Weiterzahlung bzw. Stundung der Renten auch bei weiteren Heiraten der Witwen,
2. Nr. 160 der Vereinigung der Erwerbslosen in Wilhelmshaven um Erklärung und Behandlung des Arbeitsamtsbezirkes Wilhelmshaven als Notstandsgebiet höchster Stufe,
3. Nr. 167 von Theo Herzog in Schleißheim bei München betr. Antrag auf Änderung des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes,
4. Nr. 320 des Dipl.-Ing. Kurt Eggebrecht in Flensburg um gesetzmäßige Wahrung der aus der Ruhelohnversorgung für die ehemaligen Lohnempfänger der Stadtverwaltung Danzig erworbenen Rechte,
5. Nr. 419 von Heinrich Steinhoff in Eschershausen um Nichtaufnahme der Bestimmungen in den §§ 1274 und 1275 der Reichsversicherungsordnung in die neuen Versorgungsgesetze, wonach beim Zusammentreffen von 2 Renten nur eine gezahlt werden kann,
6. Nr. 532 von Fritz Bahrenberg in Wanne-Eickel um Erhöhung der Sätze für die Rentenberechnung bei der Angestelltenversicherung,
7. Nr. 745 von Wilhelm Scheele in Dortmund um Aufhebung der §§ 1274 und 1275 der Reichsversicherungsordnung,

8. Nr. 802 von Wilhelm Niewald in Witten-Annen um Festsetzung der Altersgrenze bei der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung auf 60 statt auf 65 Jahre oder Festsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre bei den Versicherten, die nachweislich unverschuldet arbeitslos wurden, ferner um Nichtanwendung eines so strengen Maßstabes bei den Untersuchungen zur Festsetzung der Berufsunfähigkeit,
9. Nr. 896 der Witwe Lina Ehlebracht in Detmold um Gewährung der Witwenrente aus der Invalidenversicherung auch an Witwen, deren versicherungspflichtige Ehemänner am 1. Januar 1912 verstorben oder die an dem genannten Tage dauernd erwerbsunfähig waren und vor dem 1. Januar 1924 verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wiedererlangt zu haben,
10. Nr. 1226 von Ludwig Leißler in Darmstadt um Neuregelung des Unterstützungsbezugs für Erwerbslose und deren Familienangehörige bezw. Abänderung der bezüglichen Vorschriften des Arbeitsamtes Hessen

der Bundesregierung als Material zu überweisen;

IV. die Petitionen:

1. Nr. 252 der Vereinigung der Erwerbslosen in Wilhelmshaven um Neufassung bezw. Änderung einiger Paragraphen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bezüglich der Unterstützung der Erwerbslosen,
2. Nr. 276 des Arbeitskreises für den sozialen Wohnungsbau (e. V.) in Coburg um Prüfung der Frage der Teilkapitalisierung der Kriegsbeschädigtenrenten und nach Möglichkeit um eine baldige diesbezügliche Regelung

der Bundesregierung zur Erwägung zu überweisen;

V. über die Petitionen:

1. Nr. 172 der Vorstandschaft der „Selbsthilfe der Erwerbslosen“ in München um:
 - a) Änderung des Artikels 166 Absatz II der Verfassung des Freistaates Bayern,
 - b) Kürzung der Beamtgehälter von über 250 bis 500 DM um 20⁰/₀ und der Gehälter von über 500 DM monatlich um 40⁰/₀,
 - c) Gewährung des kostenlosen Besuches der Generalproben aller staatlichen Bühnen für die Erwerbslosen und Ausgabe von Eintrittskarten mit 50⁰/₀iger Ermäßigung für diese,
2. Nr. 637 der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener in Eschwege betr. Kritik an der zeitlichen Behandlung der Berufungen

zur Tagesordnung überzugehen;

VI. die Petitionen:

1. Nr. 173 von Erich Zimmermann sen. in Alfeld/Leine um nachträgliche Auszahlung der vor dem 1. Mai 1945 fällig gewordenen, aber von der Militärregierung gesperrt gewordenen Renten,

2. Nr. 583 von Georg Wortmann in Münster i.W. um Fundierung des Krankenkassenwesens auf der Basis der Freiwilligkeit ähnlich wie in Amerika, England usw.,
3. Nr. 1092 von E. Zimmermann sen. in Ahlfeld/Leine um Erlaß eines Gesetzes zur Beseitigung des Notstandes der kleinen Sozialrentner

zur Beratung im Bundestag für nicht geeignet zu erklären.

G. Ausschuß für Heimatvertriebene (22. Ausschuß)

- I. Die Petition Nr. 168 des Landesverkehrsverbandes Nordmark e. V. in Hamburg um Förderung der Flüchtlings-Umsiedlungsaktion zugunsten der Seebäder und Fremdenverkehrs-orte

der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen;

II. Die Petitionen:

1. Nr. 308 der Schicksalsgemeinschaft Ost (Selbsthilfeorganisation der Heimatvertriebenen) Hamburg-Altona betr. Entschließung der öffentlichen Kundgebung der Heimatvertriebenen in Schmalenbeck am 31. August 1949 betr.
 - a) Durchführung des Wohnungsbauprogrammes in Selbsthilfeaktion,
 - b) schleunigste Einrichtung von Selbsthilfebetrieben und
 - c) Errichtung eines Flüchtlingsministeriums,
2. Nr. 314 des Kreisflüchtlingsausschusses Vohenstrauß (Opf.) um Unterstützung seiner Bemühungen um die Rückgabe der Heimatländer der Vertriebenen, andernfalls um Eingliederung in die Aufnahmeländer unter gerechtem Lastenausgleich,
3. Nr. 533 von Paul Hensch in Markt Erlbach um Unterstützung der Bemühungen der Flüchtlinge um Arbeit,
4. Nr. 536 von Franz Zmijewski in St. Andreasberg im Harz um Ermöglichung des Zusammenschlusses aller Flüchtlingsvereine zu einem Flüchtlingsbund,
5. Nr. 817 von Gerhard Falkenhagen für die Landsmannschaft der Heimatvertriebenen in Berlin-Mark Brandenburg um Zuweisung ausreichender Betriebsmittelkredite an Flüchtlingsbetriebe,
6. Nr. 1169 von Frau Ris Reetz in Bad Godesberg um Erlaß einer Verordnung zur Gewährung der Aufenthaltsgenehmigung für Ostzonenflüchtlinge

der Bundesregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

III. die Petitionen:

1. Nr. 68 des Vorsitzenden des Amtsflüchtlingsbeirates in Brilon betr. Entschließung der am 10. September 1949 versammelt gewesenen Amtsflüchtlingsbeiratsmitglieder und Flüchtlingsobmänner des Amtes Thülen zur Behebung der großen Notlage der Ostvertriebenen,
2. Nr. 176 des am 15. September 1949 im Palmengarten in Frankfurt/M. versammelt gewesenen Öffentlichen Forums

- der Stadt Frankfurt/M. um Lösung des Flüchtlingsproblems im Benehmen mit den Westmächten,
3. Nr. 279 des Hilfsverbandes der Ostvertriebenen im Stadtkreis Stuttgart und der Arbeitsgemeinschaft der Beamten, Ruheständler und deren Hinterbliebenen um Anerkennung der verbrieften und in längerer Dienstzeit erworbenen Rechte der heimatvertriebenen Beamten, Ruheständler und deren Hinterbliebenen durch Aus- und Nachzahlung der seit 4¹/₂ Jahren vorenthaltenen gesetzlichen Bezüge,
 4. Nr. 319 des Verbandes der Beamten und Angestellten der öffentlichen Verwaltungen aus den Ostgebieten und dem Sudetenland „Verbaost“ (e. V.), Hauptverwaltungsstelle Ebermannstadt (Ofr.), um Zustimmung zu dem von diesem Verband ausgearbeiteten Entwurf eines ersten Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der im Art. 131 des Grundgesetzes bezeichneten Personen,
 5. Nr. 322 des Regierungsoberinspektors a. D. Friedrich Lange in Stade um Gleichstellung der Rechtsverhältnisse der während des Krieges vorübergehend aus ihrem Heimatgebiet abwesenden Beamten mit jenen der im Heimatgebiet verbliebenen Beamten bei dem zu erwarteten Bundesgesetz gemäß Art. 131 des Grundgesetzes,
 6. Nr. 381 der Gewerkschaft Deutscher Beamtenbund in Königswinter und 4 weitere Beamtenorganisationen um baldige gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der in Art. 131 des Bonner Grundgesetzes bezeichneten Personen unter Berücksichtigung der von diesen Organisationen gemachten Vorschläge,
 7. Nr. 396 des Polizeinspektors i. R. F. Huhn in Bad Pyrmont um völlige Gleichstellung der Flüchtlingspensionäre mit den Einheimischen bei der Regelung ihrer Ruhegehälter,
 8. Nr. 416 der Flüchtlingsvereinigung — Vertriebene, Evakuierte, Ausgebombte - im Kreis Osterode (Harz) betr. Entschließung der in Osterode am 25. September 1949 zu ihrem ersten Kreisflüchtlingstreffen zusammengekommenen Vertriebenen, Evakuierten und Ausgebombten betr. wirksame Maßnahmen zur Linderung der Notlage der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen,
 9. Nr. 421 der Verbandes der Flüchtlingsbeamten in Niedersachsen, Sitz Braunschweig, betr. Resolution der Versammlung der Flüchtlingsbeamten im Bezirk Braunschweig vom 15. Oktober 1949 mit Anschlußerklärung der Versammlung der Flüchtlingsbeamten im Bezirk Wolfenbüttel vom 21. Oktober 1949 betr. Forderung der Gleichstellung aller derjenigen, die nach den Bestimmungen des Flüchtlingsgesetzes als Flüchtlinge anerkannt sind, mit den einheimischen Beamten,
 10. Nr. 524 von St. Dimitriewitsch in Geisengrund, Post Ansbach (Mfr.), um Gleichstellung der heimatvertriebenen ruhegehaltsberechtigten Beamten in Bayern mit den Einheimischen,
 11. Nr. 559 des Polizeimeisters Johannes Kahlke in Düsborn über Walsrode (Hannover) um Gleichstellung der ostvertriebenen Pensionäre mit den einheimischen Ruhestandsbeamten hinsichtlich der Pensionsberechnung,

12. Nr. 590 des Bürodirektors a. D. Max Deeg in Honnef a. Rh. um Gleichstellung der verdrängten Pensionäre mit den Einheimischen,
13. Nr. 881 von Paul Zöllner in Ergste-Bürenbruch über Schwerte um Berücksichtigung der beim Zusammenbruch ordnungsgemäß pensionierten Arbeitsdienstführer bei der Regelung der Vertriebenenansprüche,
14. Nr. 855 von Hermann Balzer in Kiel um Einschränkung der Bestimmungen über die Auslese der umzusiedelnden Heimatvertriebenen durch Kommissionen der Aufnahmeländer nach Arbeitsfähigkeit und Mangelberufen,
15. Nr. 909 von Dr. Kurt Heine in Hamburg-Blankenese um Gleichstellung der ruhegehaltsberechtigten Angestellten mit den Beamten in dem zu erwartenden Gesetzentwurf über die Zahlung von Pensionen an vertriebene Beamte und Ausdehnung dieses Gesetzes auch auf solche Beamten und Angestellten, die am 8. Mai 1945 versorgungsberechtigt waren und aus anderen als beamten- und tarifrechtlichen Gründen keine oder keine entsprechende Versorgung mehr erhalten,
16. Nr. 996 von Emil Otto in Neustadt b. Coburg um volle Befriedigung der Pensionsansprüche der Flüchtlinge aus dem vom Deutschen Reich nach der Angliederung des Sudetengebietes im Jahre 1938 eingezogenen Pensionsfonds und Nachzahlung der bis jetzt einbehaltenen Pensionen in voller Höhe,
17. Nr. 1131 von Willy Diener in Heuken/Aller um gesetzliche Maßnahmen zur Versorgung der Ostvertriebenen, die bei Körperschaften des öffentlichen Rechtes in unkündbarer Lebensstellung sich befanden,

der Bundesregierung als Material zu überweisen;

- IV. über die Petition Nr. 329 des Vorstandes der Radikal-Sozialen Freiheitspartei Wittlaer, Post Düsseldorf-Kaiserswerth, um sofortige und wirksame Maßnahmen zur Abstellung der skandalösen Zustände in der Flüchtlingsbetreuung, zur Tagesordnung überzugehen.

H. Ausschuß für Beamtenrecht (25. Ausschuß)

I. Die Petitionen:

1. Nr. 551 von Walter Joksch in Rendsburg-Büdelndorf (Holstein) um Aufnahme einer Bestimmung in das neue Beamtengesetz, wonach den pensionsberechtigt gewesenen Angestellten eine Pension unter Streichung der bisher bezogenen Rente eingeräumt wird,
2. Nr. 813 von Alfons Kaspar in Biberach/Riß um Beseitigung des Unterschiedes zwischen Beamten und Angestellten im neuen Beamtengesetz,

der Bundesregierung als Material zu überweisen;

II. die Petitionen:

1. Nr. 114 von Erich Scholz in Rotenburg (Hannover) betr. Denkschrift über die Stellung der Beamten des gehobenen

technischen Dienstes im Nachrichtenwesen der ehemaligen Wehrmacht,

2. Nr. 473 des Justizinspektors a. D. R. Habricht in Hannover-Kleefeld betr. Anfrage, ob die Pressenachricht, daß vertriebene Beamte nach einem Beschluß des Ausschusses für Beamtenrecht des Bundestags die gleichen Pensionen erhalten wie die übrigen Beamten, den Tatsachen entsprechen,

durch den Beschluß zu dem Antrag der FDP - Nr. 216 der Drucksachen - für erledigt zu erklären;

III. die Petitionen:

1. Nr. 489 von Artur Lippeck in Eystrud/Weser um Bevorzugung von vom Befreiungsgesetz Nichtbetroffenen bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst,
2. Nr. 820 von Walter Teichelmann in Erkrath bei Düsseldorf um Gleichstellung der pensionierten heimatvertriebenen Beamten mit den einheimischen Beamten und Gewährung des Wartegeldes an nichtbeschäftigte Beamte,
3. Nr. 823 des Landesbürodirektors a. D. Franz Wulff in Schöntal a. Jagst. um Gleichstellung der vertriebenen und ausgebombten Beamten früherer Teile Deutschlands mit den einheimischen Ruhegehaltsempfängern und deren Angehörigen,
4. Nr. 850 des städt. Rechtsrats a. D. Dr. Valentin Bachmann in Herzogenaurach (Bayern) betr. Anfrage wegen des Zeitpunktes der Erhöhung der Pensionen (Zuwendungen) der vertriebenen Beamten,

durch den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 2. Dezember 1949 zu den einschlägigen Anträgen der - Nr. 20, 29 und 210 der Drucksachen - für erledigt zu erklären.

I. Ausschuß für Kriegsoffer und Kriegsgefangenenfragen (26. Ausschuß)

- I. Die Petition Nr. 151 des Dipl. Ingenieurs Curt Just in Berlin-Zehlendorf um Erwirkung der baldigsten Entlassung der Kriegsgefangenen in Jugoslawien

der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen;

- II. die Petition Nr. 401 von Heinrich Illgner in Köln um Aufnahme einer Bestimmung über die Gewährung von Zusatzrenten für besonders gelagerte Versorgungsfälle in die neue Versorgungsgesetzgebung für Kriegsoffer u. a.

der Bundesregierung zur Erwägung zu überweisen;

III. die Petitionen:

1. Nr. 22 der Vereinigung deutscher Kriegsgefangener aus dem mittleren Osten - Kreis der Tribüne - in Flensburg, betr. Gründung einer „Deutsche Dokumente Bibliothek“, zusammengestellt aus persönlichen Zeugnissen über die Erlebnisse und Erfahrungen deutscher Menschen während der Zeit des Nationalsozialismus, des Krieges, der

- Kriegsgefangenschaft, der Trecks aus den deutschen Ostgebieten und früheren Heimatländern und in der Besatzungszeit,
2. Nr. 196 des Hessischen Bundes der durch Gewaltwirkung Erblindeten „St. Georg“ in Frankfurt a.M. um Verbesserung der Lage der Kriegsblinden,
 3. Nr. 338 des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Sitz Hamburg, um Zustimmung zu dem von diesem Bund ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes über die Versorgung und Fürsorge der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen und dessen baldige Verabschiedung.
 4. Nr. 415 von Franz Ovenhausen in Steinheim i. Westf. um Einführung des Bildsuchsystems allgemein und öffentlich zur Ermittlung vermißter Kriegsgefangener,
 5. Nr. 499 von Frau Maria Broghammer in Köln-Ehrenfeld um Beseitigung der unterschiedlichen Rentenleistungen an arbeitsunfähige Kriegerwitwen,
 6. Nr. 538 von Frau Schumacher und Frau Burbach, beide in Holzheim bei Neuß, um Gewährung der Rente an alle Kriegerwitwen ohne Rücksicht auf Alter, körperlichen Zustand, Unterhaltspflicht für Kinder und Berufsausübung,
 7. Nr. 541 von Paul Häufers in Gelsenkirchen-Buer um Berücksichtigung der Verhältnisse der alten und arbeitsunfähig gewordenen Opfer des ersten Weltkrieges bei der Neuordnung der Kriegshinterbliebenenversorgung,
 8. Nr. 592 des Zentralverbandes der Heimkehrer (e.V.), Kreisverband Schwäb. Gmünd, um Berücksichtigung seiner Forderungen bei der Ausarbeitung eines Heimkehrergesetzes bzw. bei der Regelung der Beamtenangelegenheiten nach § 131 des Grundgesetzes,
 9. Nr. 674 von Gerhard Freier in Avenwedde um tatkräftigere Hilfe für die Heimkehrer und besonders jene, die Flüchtlinge sind,
 10. Nr. 946 von Fritz Jacubeit in Ottendorf, Kreis Stade, um Aufnahme einer Bestimmung in das Heimkehrergesetz, wonach jeder ostvertriebene Heimkehrer Anspruch auf eine gleichwertige Beamtenstelle oder Anspruch auf Wartegeld oder Ruhegehalt wie der einheimische Beamte hat,
 11. Nr. 970 von Dr. Ottilia Doll in Großweil/Zell bei Kochel/Obb. um Berücksichtigung der Bedürftigkeit bei der Zuerkennung der Kriegsbeschädigtenrente,
 12. Nr. 985 von Emil Schrickler in Oberröslau (Oberfranken) um Lösung des Problems der Spätheimkehrer und der für die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß zu alt gewordenen Heimkehrer,
 13. Nr. 1053 von Hermann Güssefeld in Vienenburg um Prüfung seiner Anregung zu dem zu erwartenden Gesetz über die Betreuung der Heimkehrer,

14. Nr. 1090 des Bundestagsabgeordneten Broockmann in Kiel um Freigabe der noch in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Deutschen,
 15. Nr. 1210 von Hubert Hengstebeck in Olpe um durchgreifendte Hilfe für Heimkehrer
- der Bundesregierung als Material zu überweisen;

IV. die Petitionen:

1. Nr. 333 der Deutschen Kriegsopferhilfe (e. V.) in Oldenburg betr. Entschließungen
 - a) des am 4. September 1949 in Oldenburg stattgehabten Landesgruppentags der Deutschen Kriegsopferhilfe betr. Forderung der umgehenden Verabschiedung des Körperbeschädigten-Leistungsgesetzes und Gewährung einer Soforthilfe zur Abstellung des größten Notstandes,
 - b) der am 4. September 1949 in Oldenburg versammelt gewesenen 324 Delegierten der Deutschen Kriegsopferhilfe betr. Freilassung der noch in russischer, polnischer und jugoslawischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Soldaten,
2. Nr. 537 von Karl Rothe in Waldau bei Vohenstrauß (Opf.) um Gewährung einer einmaligen Abfindung von 500 DM an ehemalige Soldaten, die nach Kriegsschluß in ihre Heimat nicht mehr zurückkehren konnten,
3. Nr. 337 des Kreisverbandes Rehau des Verbandes der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen in Bayern (e. V.) in Rehau betr. Resolution der Ostverbands-Mitgliederversammlung am 26. August 1949 in Rehau betr. Beseitigung der unterschiedlichen Behandlung der Kriegsbeschädigten bei der Gewährung von Teuerungszulagen

durch den Beschluß zum einschlägigen Gesetzentwurf für erledigt zu erklären;

V. über die Petitionen:

1. Nr. 1043 von Alexander von Sillich in Brake bei Bielefeld um bevorzugte Bedienung der Heimkehrer bei der Genehmigung von Fernsprechan schlüssen und Auszahlung eines Vorschusses auf die spätere Pension für über 75 Jahre alte ehemalige Offiziere noch vor Weihnachten,
 2. Nr. 1102 der Witwe Else Haas in Ansbach um Verbesserung der Lage der Kriegerwitwen
- zur Tagesordnung überzugehen;

VI. die Petitionen:

1. Nr. 574 des Bundes der Kriegsblinden Deutschlands (e. V.) in Mürlenbach (Eifel) um Wiedererrichtung eines Bundesausschusses für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene,

2. Nr. 1197 von K. H. Doetsch in Ennigloh um Prüfung seiner Vorschläge zur Regelung der Kriegsbeschädigtenversorgung

zur Beratung im Bundestag für nicht geeignet zu erklären.

K. Ausschuß für Kulturpolitik (37. Ausschuß)

- I. Die Petition Nr. 994 des Direktors des Forschungsinstitutes für Kunstgeschichte der Universität Marburg/Lahn betr. Soforthilfe für das Marburger Kunstinstitut und Übernahme des Forschungsinstitutes für Kunstgeschichte durch die Bundesregierung

dem Bundesinnenministerium zu überweisen mit dem Hinweis, daß die Eingabe wärmstens befürwortet und dringlich zu behandeln ist;

- II. die Petition Nr. 1013 von Anne Becker in Oeventrop/Ruhr um Einführung der deutschen Schrift im Schreibunterricht in allen Schulen

dem Bundesinnenministerium zur Behandlung zu überweisen;

- III. die Petition Nr. 387 des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Sitz Bonn, um Gründung eines Deutschen Studentenhilfswerks auf schnellstem Wege

dem Bundesinnenministerium zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Empfehlung, die dafür erforderlichen Verhandlungen mit den Ländern aufzunehmen;

- IV. die Petition Nr. 700 der Gesellschaft deutscher Chemiker, Sitz Mülheim-Ruhr, betr. Resolution des Vorstandsrates dieser Gesellschaft betr. staatliche Maßnahmen zur Förderung der wissenschaftlichen Nachwuchsausbildung

dem Bundesinnenministerium zur Befürwortung zu überweisen;

- V. die Petition Nr. 422 des Verbandes der Flüchtlingsbeamten in Niedersachsen, Sitz Braunschweig, betr. Resolution der Versammlung der Flüchtlingsbeamten im Bezirk Braunschweig vom 15. Oktober 1949 mit Anschlußerklärung der Versammlung der Flüchtlingsbeamten im Bezirk Wolfenbüttel vom 21. Oktober 1949 betr. Forderung der Gleichstellung aller derjenigen, die nach den Bestimmungen des Flüchtlingsgesetzes als Flüchtlinge anerkannt sind, mit den einheimischen Beamten

der Bundesregierung als Material zu überweisen mit dem Ersuchen, von dort aus eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlingslehrer auf alle Länder des Bundes anzuregen;

VI. die Petition Nr. 801 von Paul Drossbach in Zandt über Cham um Bereitstellung größerer Kredite zur Förderung der Publizität wissenschaftlicher Arbeiten

dem Bundesinnenministerium zur Behandlung zu überweisen, um von dort aus auf dem Wege über die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft das Notwendige vorzusehen;

VII. über die Petition Nr. 1492 von P. Franz Giet in Bonn um Gewährung einer Beihilfe zur Anschaffung von Apparaten für sein Laboratorium

zur Tagesordnung überzugehen.

Bonn, den 26. Januar 1950